

Nr. 22

3. Juni 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Auftakt der Branchentage](#)

Novellierung passiert Bundesrat

[Bundespersönlichkeitsgesetz: Modernisierungsschub bleibt aus](#)

Interview im dbb magazin

[Schäuble: Föderalismus begrenzt Macht und sichert Freiheit](#)

dbb jugend

[Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gefordert](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[dbb erneut stärkste Kraft bei den Personalratswahlen](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Kritik am Vorstoß der Landräte nach mehr Geld](#)

Hessen

[dbb Landesbund positioniert sich klar gegen Antisemitismus](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Finanzämter nicht zuständig für Abrechnungsbetrug bei Schnelltests](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Tarifkonflikt: Weselsky sieht keinen Einigungswillen bei Deutscher Bahn](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Beschäftigte sollen am Unternehmenserfolg teilhaben](#)

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob)

[Beschäftigtenbefragung in der Bundesverwaltung gestartet](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Corona-Pandemie: Böhm mahnt bei Schulöffnungen zur Vorsicht](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Corona-Impfungen an Schulen führt zu zusätzlichen Belastungen](#)

Namen und Nachrichten

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2021 Auftakt der Branchentage

Der dbb ist am 26. Mai 2021 offiziell in die diesjährige Einkommensrunde mit den Ländern gestartet.

Bei einem Branchentag haben Mitglieder der komba gewerkschaft und der vdla gewerkschaft per Videokonferenz mit Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, und Andreas Hemsing, komba Bundesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, die möglichen Forderungen zur Einkommensrunde 2021 diskutiert. Insbesondere die Probleme durch die Corona-Pandemie an den Arbeitsplätzen im Büro und zu Hause standen im Fokus.

„Wir werden den Arbeitgebern auf der Länderseite sehr deutlich machen, dass sie ohne ihre Beschäftigten nicht unterrichten, nicht pflegen, nicht sichern und noch vieles anderes nicht leisten können. Das hat die Corona-Pandemie gezeigt. Der öffentliche Dienst ist ein großer Standortvorteil Deutschlands und die Bürgerinnen und Bürger können sich auf ihn verlassen – in jeder Situation“, erklärte Volker Geyer.

„Das muss sich dann auch im Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen widerspiegeln.“ Zudem wies Geyer darauf hin, dass die Arbeitgeberseite wohl nur zu einem Abschluss bereit ist, wenn die Gewerkschaften beim Thema „Arbeitsvorgang“ Zugeständnisse machen. „Dass Arbeitgeber ebenfalls Forderungen haben, ist okay. Dass sie aber solche Bedingungen stellen und schon Monate vor den Verhandlungen einen möglichen Kompromiss in Frage stellen, ist Neuland. Und genau deshalb stehen wir am Anfang einer sehr harten Auseinandersetzung. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) will mit Hilfe des Arbeitsvorgangs die Grundlagen der Eingruppierung verschlechtern. Das dürfen wir nicht zulassen. Und genau dafür brauchen wir gemeinsame Entschlossenheit“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende.

Die Tarifverhandlungen beginnen im Oktober 2021.

Novellierung passiert Bundesrat Bundespersonalvertretungsgesetz: Modernisierungsschub bleibt aus

Die Novelle des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG), das am 28. Mai 2021 den Bundesrat passiert hat, bleibt hinter den Erwartungen des dbb zurück.

„Das neue BPersVG wartet lediglich mit punktuellen und zaghaften Änderungen auf“, betonte der zweite Vorsitzende des dbb, Friedhelm Schäfer. „Die Hoffnungen auf einen deutlichen Modernisierungsschub des seit Jahrzehnten praktisch unveränderten Gesetzes werden somit leider nicht erfüllt.“

Auch ein klares Bekenntnis zur tragenden Rolle der Personalvertretungen bei der Digitalisierung der Bundesverwaltung findet laut Schäfer nicht statt. Dies werde besonders deutlich, wenn man die zeitgleiche Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes betrachte. „Während den Betriebsräten künftig weitgehende Beteiligungsrechte beim Einsatz von künstlicher Intelligenz gewährt werden, enthält man diese den Personalvertretungen vor“, kritisierte der dbb Vize.

„Wir fordern die Politik daher auf, schon in der nächsten Legislaturperiode das Thema BPersVG wieder aufzugreifen“, so Schäfer weiter, „um die personalvertretungsrechtliche Interessenvertretung in einer sich dynamisch verändernden Dienststellenwirklichkeit weiter zu gewährleisten.“

Da das Gesetz ohne Übergangsfrist am Tag nach seiner Verkündung in Kraft treten wird, sind alle Personalräte jetzt gefordert, sich so schnell wie möglich mit dem neuen Gesetz vertraut zu machen. Jedes Personalratsmitglied hat hierfür einen gesetzlichen Schulungsanspruch. Die dbb akademie bietet umfassende Schulungen zum novellierten BPersVG an.

Interview im dbb magazin

Schäuble: Föderalismus begrenzt Macht und sichert Freiheit

Deutschlands föderale Strukturen sind krisentauglich, sagt Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble im dbb magazin (6/2021) und wirbt sogar für eine Erweiterung der Länderkompetenzen.

„Ich werde nicht müde, für den Föderalismus zu werben: Föderalismus begrenzt Macht und sichert Freiheit. Er garantiert Nähe zu den Menschen und gibt ihnen gerade angesichts der Globalisierung Halt. Vor allem ermöglicht er einen Wettbewerb um die besten Lösungen. Diese Vorzüge haben sich auch in der Pandemie gezeigt. Im vergangenen Frühjahr, als sich das Infektionsgeschehen regional sehr unterschiedlich entwickelte, hat unsere föderale Ordnung ermöglicht, mit angepassten Konzepten zu reagieren. Weil die Länder unterschiedliche Wege erproben konnten, sind dort wegweisende Modellprojekte wie in Jena, Rostock oder Tübingen entwickelt worden. Davon hat am Ende ganz Deutschland profitiert“, macht Schäuble deutlich. Hinter der Klage über den angeblichen föderalen Flickenteppich stecke oft die Sehnsucht nach der einen, perfekten Lösung. Dies aber werde „unserer komplexen Welt nicht gerecht. Ebenso wenig der Vielfalt der Perspektiven und Interessen in einer freiheitlichen Gesellschaft“.

Gleichwohl teilt der Bundestagspräsident die Kritik an aktuellen Missständen, die die föderale Organisation augenscheinlich verursache, und fordert Verbesserungen. „Natürlich müssen wir Lehren aus der Corona-Bekämpfung ziehen. Offensichtlich haben wir in Deutschland Defizite bei der Digitalisierung. Es kann nicht sein, dass staatliche Hilfen an Unternehmen und Selbstständige über Wochen nicht ausgezahlt werden konnten, weil es für deren Berechnung an den erforderlichen Software-schnittstellen zwischen Bund und Ländern gefehlt hat. Die unterschiedlichen Programme in den Gesundheitsämtern haben die Pandemiebekämpfung ebenfalls erschwert.“

Wer jedoch alle Probleme auf den Föderalismus schiebe, mache es sich zu einfach, erklärte Schäuble: „Wir sind seit längerem in einem Sicherheitsdenken gefangen. Eine exzessive Rechtsprechung hat das Handeln der Behörden stark eingeengt – das hat uns schon lange vor der Pandemie gebremst. Eine gute Verwaltung übernimmt Verantwortung, reagiert auf Anliegen der Bürger und versteht sich als Problemlöser. Dafür braucht es Ermessensspielräume – und die Bereitschaft der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, sie auch zu nutzen. Oft werden Veränderungen erst in Krisensituationen möglich, weil der Druck dann besonders groß wird. Der Schock der Pandemie hat im letzten Frühjahr vielfach zu einer neuen Beweglichkeit geführt. Daran sollten wir uns künftig ein Beispiel nehmen. Jetzt dürfen wir nicht wieder in die alte Bedenkenträgerei zurückfallen. Eine Revolution brauchen wir nicht, mehr Pragmatismus aber schon.“

Schäuble spricht sich zudem dafür aus, „den Ländern mehr Eigenständigkeit und Verantwortung zu geben und den Wettbewerb um beste Lösungen als Chance anzunehmen. Warum sollen sie nicht einen größeren Spielraum haben, eigene Steuern zu erheben oder das Niveau von Sozialleistungen selbst zu bestimmen? Das würde die Kommunen und Länder stärken und ihr Handeln verändern. Eine solche Reform halte ich nach wie vor für richtig. Derzeit gibt es ein Wirrwarr an Kompetenzen, zu viele miteinander verschränkte Verhandlungsarenen und eine intransparente föderale Finanzverflechtung, die falsche Anreize setzt. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf alte bewährte Grundsätze: Wer politisch handelt, muss dafür die Verantwortung tragen.“

dbb jugend

Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gefordert**Die dbb jugend hat anlässlich des Weltkindertages am 1. Juni 2021 eine stärkere Beteiligung von Kindern und jungen Erwachsenen an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, gefordert.**

Partizipation und ein selbstbestimmtes Aufwachsen sind Rechte von Kindern, die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben sind. Dennoch werden Kinder und Jugendliche nur selten gehört und einbezogen, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebenswirklichkeit geht. „Partizipation stärkt das Selbstvertrauen von Kindern und vermittelt ihnen frühzeitig ein Verständnis für die Demokratie. Im Sinne von ‚Früh übt sich‘ sollten wir in der Kita und Schule die Weichen stellen, damit Kinder und Jugendliche später eigenständig Verantwortung übernehmen und sich aktiv für die Demokratie engagieren“, sagt Philipp Mierzwa, stellvertretender Vorsitzender der dbb jugend.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ aktuell ein Modellprojekt, das die Stärkung der Kompetenzen von Fachkräften in Kitas hinsichtlich Partizipation zum Ziel hat. „Im Alltag fällt es dem Kita-Personal aufgrund der immensen Arbeitsbelastung oftmals schwer, Kinder wirksam in laufende Prozesse einzubeziehen. Daher braucht es feste Strukturen und Konzepte, die die Fachkräfte dabei unterstützen, Kinder systematisch am Alltag in der Kita zu beteiligen“, so Mierzwa.

Die Möglichkeiten der Partizipation sind vielfältig. Auch außerhalb des Bildungssystems schaffen immer mehr Kommunen beispielsweise Kinderbeiräte, veranstalten Jugendforen und beteiligen Kinder und junge Erwachsene an der Stadtplanung. Doch Modellprojekte reichen nach Auffassung der dbb jugend nicht aus. Es brauche den politischen Willen, die Angebote in die Fläche zu tragen. „Wir fordern im Superwahljahr klare Positionen von den Parteien zur Kinder- und Jugendarbeit, zur Förderung des Ehrenamtes und zum Wahlalter. Damit junge Menschen wirklich mitentscheiden können, muss ihre Stimme in verschiedenen Kontexten nicht nur gehört werden, sondern auch zählen. Das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, ist das Ende der Kette von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und jungen Erwachsenen, aber es darf nicht die letzte Maßnahme sein, die von der Politik umgesetzt wird“, sagt Mierzwa. Die Chancen dafür stehen gut – bisher haben SPD, Grüne, FDP und Die Linke die Absenkung des Wahlalters in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 aufgenommen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

dbb erneut stärkste Kraft bei den Personalratswahlen**Bei den Personalratswahlen vom 1. März bis zum 31. Mai 2021 im öffentlichen Dienst des Saarlandes haben die dbb Gewerkschaften in den Landesverwaltungen (Ministerien, Landesämtern, nachgeordneten Dienststellen und Schulen) erneut herausragende Wahlergebnisse erzielt.**

Im Bereich der Hauptpersonalratswahlen haben die dbb Gewerkschaften von 103 Personalratssitzen 62 Sitze (60 Prozent) erzielt und konnten ihr Ergebnis von 2017 um 5,5 Prozent steigern. Von 13 Hauptpersonalräten stellen sie nun 10 Vorsitzende (77 Prozent). Auch bei den Örtlichen Personalratswahlen haben die dbb Gewerkschaften deutlich zugelegt (plus 16 Sitze). Von den 266 Sitzen haben sie

143 Sitze (53 Prozent) erreicht. In 21 von 34 Örtlichen Personalräten in den Ministerien, Landesämtern und nachgeordneten Dienststellen stellen die dbb Gewerkschaften den Personalratsvorsitzenden (62 Prozent). Damit bleibt der dbb mit seinen Fachgewerkschaften mit Abstand die stärkste Interessenvertretung in den Landesverwaltungen und im Schulbereich des Saarlandes.

Mecklenburg-Vorpommern Kritik am Vorstoß der Landräte nach mehr Geld

In einem Brief an Innenminister Torsten Renz haben die Landräte in Mecklenburg-Vorpommern jenseits von laufenden Tarif- oder Besoldungsverhandlungen eine bessere Bezahlung gefordert. Der dbb Landesbund übt Kritik.

Mitten in der Pandemie hat im Herbst 2020 die Einkommensrunde für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen stattgefunden. „Seinerzeit war es die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber, an der eine Tarifeinigung fast scheiterte. Zu groß war die Sorge vor finanziellen Schäden, die die Corona-Krise mit sich bringt. Scheinbar haben jetzt die Landräte vergessen, dass die Kommunen, zu denen auch die Landkreise zählen, eine Entgelterhöhung oder sonstige Zahlungen ihren Beschäftigten zunächst generell verweigerten“, zeigt sich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht über den Vorstoß der Landräte verwundert. „Dennoch kam ein von allen Seiten akzeptierter Tarifabschluss zustande, von dem in der Folge auch die Verwaltungschefs profitieren“.

Dass nun ausgerechnet dieser Personenkreis für sich allein bessergestellt werden wolle, kritisiert der dbb mecklenburg-vorpommern auf das Schärfste. „Dieser Alleingang ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten der Landratsämter, die gerade auch in den Gesundheitsbehörden Tausende Überstunden vor sich herschieben und die nun in die Röhre schauen sollen“, so Knecht. „Es stimmt, wenn argumentiert wird, dass die Landkreise immer mehr Aufgaben aufgebürdet bekommen haben. Damit stehen sie jedoch nicht allein da, und es wäre mir allerdings neu, dass diese zusätzlichen pandemiebedingten Aufgaben allein die Landräte zu erledigen haben.“

Hessen dbb Landesbund positioniert sich klar gegen Antisemitismus

Der dbb Hessen stellt sich klar gegen Antisemitismus. Das hat der Vorsitzende des Dachverbands von 39 Fachgewerkschaften im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor in Hessen, Heini Schmitt, am 28. Mai 2021 im Beisein des Hessischen Beauftragten für das jüdische Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Uwe Becker, erklärt.

Der dbb Landesbund Hessen wird ab sofort die Arbeitsdefinition Antisemitismus der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) in sein Leitbild übernehmen und mit diesem Schritt das Bekenntnis untermauern, sich für jüdisches Leben einzusetzen und gegen jede Form von Antisemitismus vorzugehen. Die IHRA ist eine 1998 gegründete zwischenstaatliche Einrichtung, die Regierungen und Experten mit dem Ziel zusammenbringt, die Aufklärung, Forschung und das Erinnern im Bereich des Holocaust weltweit zu fördern und voranzutreiben. Die Definition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegen Juden äußern kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Personen und/oder deren Eigentum, gegen jüdische Gemeindeeinrichtungen und religiöse Einrichtungen.“

„Wir als Verband stehen da in einer besonderen Verantwortung“, sagt Heini Schmitt. Deshalb sei dieses offizielle Bekenntnis auch eine Selbstverständlichkeit. „Neben den klassischen gewerkschaftspolitischen Betätigungsfeldern bemühen wir uns fortlaufend auch um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, um ein friedliches, gedeihliches Zusammenleben unserer Bürgerinnen und Bürger und somit auch um ein möglichst konfliktarmes Begegnen der staatlichen Institutionen und der darin beschäftigten Menschen mit unseren Bürgerinnen und Bürgern. Zwar muss eine kritische Auseinandersetzung mit der Politik der israelischen Regierung jederzeit möglich sein. Es werden jedoch eindeutig Grenzen überschritten, wenn Gewalt angewendet wird, israelische Flaggen verbrannt, Hassparolen gegrölt, Juden angefeindet oder angegriffen oder Synagogen angegriffen werden.“

Schmitt weiter: „Gerade in diesen schwierigen Zeiten halte ich es für wichtig, dieses Signal auszusenden.“ Denn gerade in den vergangenen Wochen sei es wegen des neu aufgeflamnten Konflikts in Nahost vermehrt zu Protesten und Demonstrationen gekommen, bei denen Kritik an der Politik des Staats Israel mit antisemitischen Parolen artikuliert worden war. „Das sind Äußerungen, die wir konsequent verurteilen“, sagt Schmitt. „Die nach unserer Wahrnehmung gerade in den zurückliegenden Jahren stark zunehmenden Anfeindungen, ja den mitunter verstärkt zum Vorschein kommenden Hass gegen Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens in Deutschland und in Hessen, habe ich bereits in meiner Rede bei

der Öffentlichkeitsveranstaltung des Gewerkschaftstages des dbb Hessen im Mai 2018 in Darmstadt thematisiert.“

Uwe Becker dankte dem dbb Landesvorsitzenden für seine Geste der Anerkennung. „Die Übernahme der Definition ist ein starkes Signal. Wir alle müssen uns gegen Antisemitismus engagieren, denn er ist das Gift, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstört.“ Heini Schmitt ergänzte: „Die sich weiter zuspitzende Situation, die zuletzt im Anschlag von Halle, aber auch den Protesten gegen die Unruhen in Nahost gipfelte, muss wachrütteln und uns Verpflichtung sein.“

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Finanzämter nicht zuständig für Abrechnungsbetrug bei Schnelltests

Dem Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Finanzämter mit der Aufdeckung von Abrechnungsbetrügereien bei Corona-Schnelltest zu beauftragen, hat der DSTG-Bundvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler eine klare Absage erteilt.

„Der Vorschlag ist unsinnig und ein Zeichen von Hilfslosigkeit“, so der DSTG Chef am 31. Mai 2021. Finanzämter seien für die korrekte Besteuerung zuständig, nicht aber für die Recherche von Abrechnungsbetrug. Die Auszahlungsstellen für die Schnelltest-Vergütungen müssten sich bei Verdachtsmomenten vielmehr an die Polizei und die Staatsanwaltschaft wenden. „Wir sind nicht die Hilfssheriffs von Herrn Spahn“, so Eigenthaler. Die Idee sei eher ein medialer Schnellschuss des Ministers.

Abrechnungsbetrug bedeute darüber hinaus auch nicht automatisch Steuerbetrug, so Eigenthaler weiter. Es sei zudem so, dass vor Anfang 2023 nicht einmal Steuererklärungen und Bilanzunterlagen für das Steuerjahr 2021 vorlägen. Und eine Betriebsprüfung finde –

wenn überhaupt – noch einmal erst Jahre später statt. Eventuelle Taten müssten aber sofort aufgeklärt und verfolgt werden und nicht erst in vielen Jahren.

Eigenthaler verwies außerdem erneut auf die personelle Unterbesetzung der Finanzämter, bundesweit seien alleine 5.000 Stellen unbesetzte Stellen. „Wir haben mit den Corona-Steuerhilfegesetzen, der Umsetzung des Progressionsvorbehalts beim Bezug von Kurzarbeitergeld und mit den normalen Steuererklärungen ohnehin schon jede Menge Arbeit“, bilanzierte Eigenthaler. Der Bundesgesundheitsminister könne seine Hausaufgaben nicht einfach auf die Finanzamtsbeschäftigten in den Ländern abwälzen.



Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Tarifkonflikt: Weselsky sieht keinen Einigungswillen bei Deutscher Bahn

Für die GDL bestehen nach den jüngsten Äußerungen der Deutschen Bahn (DB) keine Zweifel mehr am mangelnden Einigungswillen des Arbeitgebers. Alle Verhandlungen, Sondierungen und Klärungsgespräche würden zu keinem Ergebnis führen, wenn eine der beteiligten Parteien offenkundig kein Interesse an einer einvernehmlichen Lösung habe.

„Die DB will uns als unberechenbar darstellen und scheut dabei vor bewussten Falschaussagen nicht zurück“, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. So träfen etwa die öffentlich gemachten Behauptungen einer angeblichen „Abschwächung“ der GDL-Forderungen nicht zu. Richtig sei, dass die GDL weiterhin Tarifverträge für alle ihre Mitglieder fordert und zu keinem Zeitpunkt davon abgerückt sei. Eine von der GDL geforderte Richtigstellung wies der Arbeitgeber aber zurück.

„Das Verfahren ist bekannt“, so Weselsky. „Wieder einmal setzt die DB ihre PR-Maschinerie in Gang und versucht uns mit viel heißer Luft, Nebelkerzen und ‚alternativen Fakten‘ zu diskreditieren und durch Verrechtlichung unstrittiger Inhalte Verwirrung zu stiften.“ Die GDL-Führung und die GDL-Mitglieder sollen auseinanderdividiert und die Streikbereitschaft untergraben werden.

Weselsky: „Tricksen, täuschen, Taschen füllen – das alles ist Methode, um einen angemessenen Tarifabschluss mit der GDL zu verhindern

und um die eigenen Boni zu sichern.“ Tatsächlich wolle der Arbeitgeber seinen Beschäftigten sogar Reallohnverluste zumuten, deren Betriebsrenten kürzen und die Freizeitplanung einschränken. Das Ganze nenne die DB dann auch noch „solidarischen Tarifabschluss“ und habe dabei offensichtlich nicht das geringste Störgefühl.

„Kein Zweifel, die DB gießt Öl ins Feuer, der Ton wird rauer“, so der GDL Chef. Nun liege es allein beim Arbeitgeber, der GDL am 7. Juni 2021 ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten. Andernfalls würden die Gremien die entsprechenden Beschlüsse fassen und die GDL-Mitglieder daraufhin die passenden Antworten geben. „Wir lassen kein Mitglied zurück“, so Weselsky „Die GDL hat die Interessen ihrer Mitglieder konsequent und stringent im Blick. Wir stehen solidarisch zusammen, verfolgen gemeinsam unsere Ziele und werden am Ende erneut erfolgreich sein.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

Beschäftigte sollen am Unternehmenserfolg teilhaben

Die Deutsche Post hat in den zurückliegenden Wochen mehrere Rekorde vermeldet. Die DPVKOM hat mit Blick auf den „Tag des Zustellers“ am 6. Juni 2021 eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten am Unternehmenserfolg gefordert.

Die Post habe mit einem Betriebsergebnis von 1,9 Milliarden Euro das stärkste Auftaktquartal aller Zeiten gemeldet. Im Bereich „Post & Paket Deutschland“ habe das Ergebnis mit 556 Millionen Euro sogar um mehr als 220 Millionen Euro über dem ersten Quartal des Vorjahres gelegen. Auch die Sendungsmengen im Paketgeschäft würden steigen und steigen.

„Das Unternehmen ist ein großer Gewinner der Corona-Krise. Davon müssen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finanziell profitieren und nicht nur die Aktionäre, die ja bekanntlich eine höhere Dividende erhalten“, machte die DPVKOM Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus am 2. Juni 2021 deutlich.

Die rund 115.000 Brief-, Verbund- und Paketzustellerinnen und -zusteller zeigten in der Corona-Pandemie jeden Tag aufs Neue, dass sie systemrelevant sind. Trotz schwieriger Arbeitsbedingungen hätten sie dafür gesorgt, dass das Unternehmen heute so glänzend da steht. Für diesen außergewöhnlichen Einsatz müsse es eine weitere Corona-Leistungszulage geben. Das sähen auch Tausende von Postmitarbeiterinnen und -mitarbeiter so, die sich bislang an einer entsprechenden Postkartenaktion und/oder einer Online-Petition der DPVKOM beteiligt haben. Insgesamt rund 24.000 Unterstützer hätten hier bisher hier ein deutliches Zeichen gesetzt.

„Die Deutsche Post muss auch finanziell liefern. Das ist sie ihren Beschäftigten hierzulande schuldig. Von Lob und Anerkennung allein können sich die Kolleginnen und Kollegen nichts kaufen“, so die DPVKOM Chefin. Deshalb fordere sie die Deutsche Post auf, den finanziellen Spielraum für steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlungen von 1.500 Euro für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter komplett auszuschöpfen. Angesichts der im vergangenen Jahr an die Tarifbeschäftigten ausgezahlten Corona-Prämien von insgesamt 600 Euro „muss da noch mehr kommen. Das wäre ein deutliches Zeichen der Würdigung und Anerkennung für die in Corona-Zeiten geleistete und noch zu leistende Arbeit. Geld ist genug vorhanden.“

Außerdem bekräftigte die DPVKOM ihre jahrelange Forderung, den Personalmangel in der

Zustellung nun endlich zu beseitigen. Noch immer würden bundesweit mehrere Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fehlen. „Die im Unternehmen tätigen Kolleginnen und Kollegen sind vor allem angesichts der stetig steigenden Paketberge völlig überlastet. Auch hier muss dringend etwas passieren. Wir brauchen schlichtweg dauerhaft mehr Personal“, so Dahlhaus.

Hintergrund: Mit dem jährlichen „Tag des Zustellers“ am 6. Juni – gleichzeitig der Gründungstag der vor mittlerweile 131 Jahren gegründeten Fachgewerkschaft – will die DPVKOM auf die Arbeitssituation der Zustellerinnen und Zusteller der Deutschen Post aufmerksam machen. Gleichzeitig soll den Beschäftigten an diesem Tag die Wertschätzung zuteilwerden, die viele von ihrem Arbeitgeber oft vermissen.

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob)

Beschäftigtenbefragung in der Bundesverwaltung gestartet

Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat der vbob am 31. Mai 2021 eine Befragung für alle Beschäftigten in der Bundesverwaltung gestartet.

Ziel der Initiative des vbob als Partnerorganisation der Arbeitsforscher der Universität Heidelberg ist die faktenbasierte Einschätzung der Verbesserungsoptionen für gesundes Arbeiten in der Bundesverwaltung. Die Befragung wird anonymisiert und online durchgeführt und dauert etwa 20 Minuten.

Der vbob Bundesvorsitzende Frank Gehlen sagte zum Start der Befragung: „Wer mit uns gemeinsam die Bedingungen der Arbeit in der Bundesverwaltung gesund und zukunftsfähig gestalten möchte, sollte von der freiwilligen Möglichkeit Gebrauch machen und sich an der Befragung beteiligen. Sie entspricht allen datenschutzrechtlichen Vorgaben und niemand braucht sich Sorgen zu machen, dass eine Einzelmeinung zurückführbar auf eine Person sein wird.“

Auf die Befragung zur Ist-Situation am Arbeitsplatz folgte durch die Uni Heidelberg eine Datenaufbereitung für die gesamte Bundesverwaltung. „Diese wird es ermöglichen, durch Ihre Rückmeldungen, also aus der Bundesverwaltung heraus und nicht von Dritten, gemeinsam die Zukunft der Arbeit in der Bundesverwaltung für die kommenden Jahre mitzugestalten. Ich werbe auch aus diesem Grund bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Teilnahme“, so der vbob Chef.

Die Befragung ist über den folgenden Link erreichbar: <https://www.unipark.de/uc/MEgA/Bundesverwaltung/>

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

Corona-Pandemie: Böhm mahnt bei Schulöffnungen zur Vorsicht

Angesichts der angekündigten pauschalen Schulöffnungen etwa in Nordrhein-Westfalen und Bayern hat der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm am 28. Mai 2021 zur Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen aufgerufen.

„Ich warne die Verantwortlichen in einzelnen Ländern davor, jetzt einfach vorschnell Grenzwerte nach oben zu verschieben, getroffene Regeln umzudefinieren und mit willkürlich gewählten Öffnungsdaten für Schulen zu agieren, die man zum heutigen Zeitpunkt noch gar nicht überblicken kann“, so Jürgen Böhm.

„Mit den sinkenden Infektionszahlen und dem schrittweisen Übergang in den Präsenzunterricht in immer mehr Gebieten Deutschlands ist bereits ein wichtiges Ziel erreicht worden und die Pandemie scheint nach der dritten Welle endlich auf dem Rückzug“, so der VDR Bundesvorsitzende. Der richtige Weg sei nun die Einhaltung der vom Robert-Koch-Institut (RKI)

vorgegebenen Grenzwerte. Viele Landkreise und Städte erreichten bereits jetzt – auch durch das Voranschreiten der notwendigen Impfungen – gesicherte Werte unter einem Inzidenzwert von 50 und Schulen wechselten in den vollen Präsenzunterricht. Nach wie vor müsse man jedoch die Inzidenz-Grenzen von 50 und 100 im Blick behalten und die Öffnungsschritte mit den Betroffenen transparent abstimmen. Böhm: „Endlich ist der dringend erforderliche Präsenzunterricht in Sichtweite. Wir dürfen jetzt nicht Gefahr laufen, das Erreichte vorschnell aufs Spiel zu setzen. Kinder und Jugendliche in Gebieten mit noch zu hohen Inzidenzwerten mit Angst in die Schulen zu schicken, kann nicht unserem Interesse liegen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Corona-Impfungen an Schulen führt zu zusätzlichen Belastungen

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann hat am 27. Mai 2021 hinsichtlich der Idee, an Schulen Corona-Schutzimpfungen durchzuführen, Zweifel angemeldet.

„Das Impfen an Schulen zu ermöglichen, sehen wir sehr skeptisch. Es ist sicher möglich, Räumlichkeiten bereitzustellen, damit Eltern durch medizinisches Personal im Rahmen einer Veranstaltung über die aktuelle Studienlage und Chancen und Risiken von Impfungen aufgeklärt werden können. Doch die mit dem Impfen der Kinder einhergehenden zusätzlichen Herausforderungen an Schule angemessen aufzufangen, kann nicht Aufgabe von Lehrkräften und Schulleitung sein. Das beginnt bei Räumlichkeiten und Aufsichtspflicht und betrifft auch die Begleitung der Schülerinnen und Schüler von Lehrkräften“, sagte Beckmann.

„Gerade diejenigen, die am lautesten fordern, dass Präsenzunterricht umgesetzt werden müsse, um Lernrückstände aufzuholen, sind jetzt diejenigen, die kein Problem damit haben, wenn die Abläufe gestört und wichtige Lernzeit verloren geht. Was die Schülerinnen und

Schüler gerade brauchen, sind verlässliche Strukturen, feste Ansprechpersonen und ausreichend Zeit, um das Erlebte aufzuarbeiten. Was sie sicher nicht gebrauchen können, ist, mit Entscheidungen konfrontiert zu werden, die Minderjährige nicht einmal selbst fällen dürfen“, stellte der VBE Chef klar.

Ein viel zu wenig beachtetes Problem sei laut Beckmann auch die zunehmende Gewaltbereitschaft: „Die Aggressionen, die Lehrkräfte und Schulleitungen erleben, sind jetzt schon groß. Mit unserer zuletzt veröffentlichten repräsentativen forsa-Umfrage konnten wir aufzeigen, dass jede vierte Lehrkraft berichtet, dass es an ihrer Schule zu psychischer Gewalt gegen Beschäftigte im Zusammenhang mit der Umsetzung von Corona-Schutzmaßnahmen gekommen ist. Das Impfen an Schulen durchzuführen, wird diese Aggressionen weiter schüren. Nicht die Politik wird sich mit Fragen konfrontiert sehen, sondern die Lehrkräfte.“

Namen und Nachrichten

Der **tbb** ist zu einer Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation“ bis zum 4. Juni 2021 aufgefordert. Der Gesetzentwurf befindet sich aktuell zwischen dem ersten und zweiten Kabinettsdurchlauf. Zuletzt gab es dazu am 1. Juni ein Spitzengespräch in Form einer Videokonferenz unter Führung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Hier wurde festgehalten, dass es weitere Gespräche zwischen den Spitzengewerkschaften und dem Thüringer Finanzministerium geben soll. Die Zeit drängt, weil in Thüringen eine Landtagsauflösung Mitte Juli 2021 im Raum steht. Dazu teilte der tbb mit: „Wie bereits mehrfach ausgeführt, ist die Thüringer Besoldung in den Besoldungsgruppen A6 bis A9 seit 2008 verfassungswidrig zu gering bemessen. Maßstab ist dabei ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von Mai 2020, der als Ausgangspunkt eine vierköpfige Beamtenfamilie betrachtete. Wir fordern zur Wiederherstellung einer verfassungsgemäßen Besoldung eine Erhöhung der Grundbesoldung für alle Besoldungsgruppen. Der Freistaat Thüringen bietet eine umfangreiche Anhebung der Kinderzuschläge an sowie die Streichung der Stufe 1 in A 6 und A 7.“

Beim jüngsten Spitzengespräch der Gewerkschaften mit NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper (beide CDU) über Besoldungsfragen herrschte Ernüchterung über einen unerwarteten Stillstand bei der Frauenförderung im öffentlichen Dienst (vgl. dbb aktuell 21/2021). Die schwarzgelbe Landesregierung hatte 2017 eine verfassungsrechtlich problematische Regelung im Rahmen des „Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes“ der rot-grünen Vorgänger gekippt und ein eigenes Modell für mehr Geschlechterparität angekündigt. **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW, bekräftigte nun in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) seine bereits zuvor geübte Kritik: Beim Amtsantritt der schwarz-gelben Regierung habe es die Zusage gegeben, „das Problem der Unterrepräsentanz von Frauen“ auf andere Art zu lösen. Seither seien fast vier Jahre vergangen und die Zusage noch immer offen. „Mit Blick auf die verbleibende Zeit rechnen wir auch nicht mehr mit einer entsprechenden Initiative“, so Staude's Fazit.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) **Rainer Wendt** hat Zugriffsrechte für die Polizei auf die Impfdaten des Robert-Koch-Institutes (RKI) gefordert. Es kursieren immer mehr gefälschte Impfpässe in Deutschland, so Wendt am 31. Mai 2021 in einem Beitrag für die Bayerische Staatszeitung: „Wo geimpft wird, erfolgt eine Meldung an das RKI. Auch personenbezogene Daten können mithilfe eines Codes dort gespeichert werden. Wenn vor Ort Verdachtsmomente entstehen, könnten Ordnungsamt oder Polizei die Echtheit eines Dokuments durch Prüfung der gespeicherten Daten rasch belegen. Die Voraussetzungen könnten rasch geschaffen werden. Dies müsste auch lediglich für eine Übergangszeit geschehen, bis die sogenannte Herdenimmunität erreicht ist.“